

SÄCHSISCHER LANDTAG

1. Wahlperiode — 18. Sitzung

Donnerstag, den 24. 4. 1947

Beginn der Sitzung: 11¹⁵ Uhr.

Bekanntmachungen:

1. Mitteilung, daß Frau Helene Rupprecht (SED) ihr Mandat niedergelegt und daß der Fraktionsvorstand der SED Frau Emma Henke, Sebnitz bei Pirna, für die zurückgetretene Abgeordnete benannt hat.
Das Plenum stimmt diesem Vorschlag zu.
2. Änderungen der Tagesordnung:
Der Antrag der LDP — Drucksache Nr. 192 (Punkt 12) — wird von dieser Fraktion zurückgezogen.
Es ist ein Antrag der drei Blockparteien zur Übergabe des Gnadenrechtes an die Landesregierung vorgelegt worden. Dieser Antrag wird gemäß Drucksache Nr. 229 als zweiter Tagesordnungspunkt behandelt. Damit fällt der 15. Punkt der Tagesordnung weg. Der bisherige Punkt 2 der Tagesordnung wird Punkt 2a.
Zu Punkt 3 der Tagesordnung ist eine Gesetzesvorlage der Regierung (Drucksache Nr. 204) eingegangen und dazu ein Zusatzantrag der CDU (Drucksache Nr. 214).

1. Wahl eines Direktors und seines Stellvertreters für die Landtagskanzlei gemäß § 59 der Geschäftsordnung.

Beschluß:

Der Vorschlag des Präsidiums, zum Direktor der Kanzlei

Herrn Erich Dambowsky
und Fräulein Tamara Koslow
zum stellvertretenden Direktor der Kanzlei zu wählen,
wird einstimmig angenommen.

2. Gemeinsamer Antrag der drei Parteien des antifaschistisch-demokratischen Blockes, das Gnadenrecht des Landtages auf die Regelung zu übertragen.

(Drucksache Nr. 229)

Wortmeldung:

Johannes Dieckmann (LDP) Seite 347

Beschluß:

Der Antrag wird gemäß Drucksache Nr. 215 einstimmig angenommen.

2. a) Erste Beratung eines Gesetzentwurfes der Landesregierung über die Kassation rechtskräftiger Strafurteile.

(Drucksache Nr. 201)

Wortmeldungen:

1. Minister Prof. Dr. Hermann Kastner Seite 347
2. Johannes Dieckmann (LDP) „ 350
3. Dr. Ralph Liebler (LDP) „ 350
4. Dr. Erich Zeigner (SED) „ 352
5. Carl Ruland (CDU) „ 353

Beschluß:

Der Gesetzentwurf wird gemäß Drucksache Nr. 201 einstimmig dem Rechtsausschuß überwiesen.

3. Erste Beratung eines Gesetzentwurfes des Abgeordneten Koenen und der übrigen Mitglieder der SED-Fraktion zur Bestrafung von Wirtschaftsvergehen und Wirtschaftsverbrechen.

(Drucksache Nr. 174) dazu

Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache Nr. 204) und

Zusatzantrag des Abgeordneten D. Hickmann und der übrigen Mitglieder der CDU-Fraktion (Drucksache Nr. 214) und

Abänderungsantrag des Abgeordneten Koenen und der übrigen Mitglieder der SED-Fraktion (Drucksache Nr. 218).

Wortmeldungen:

1. Wilhelm Koenen (SED) Seite 353
2. Minister Prof. Dr. Hermann Kastner „ 353
3. Fritz Selbmann (SED) „ 354
4. Minister Prof. Dr. Hermann Kastner „ 360
5. Dr. Wilh. von Stoltzenberg (LDP) „ 360
6. Carl Ruland (CDU) „ 361
7. Prof. Dr.-Ing. H. Reingruber (Kulturb.) „ 363
8. Rudolf Sommer (VdGB) „ 363
9. Friedrich Koring (CDU) „ 364
10. Fritz Buchwald (SED) „ 365
11. Minister Prof. Dr. Hermann Kastner „ 367
12. Johannes Dieckmann (LDP) „ 368

Beschluß:

Drucksache Nr. 174 wird von der SED zurückgezogen, nachdem eine Regierungsvorlage eingebracht ist. Dazu stellt die SED den Abänderungsantrag Drucksache Nr. 218 zur Beratung. Die Anträge gemäß Drucksache Nr. 204, 214 und 218 werden an den Rechtsausschuß überwiesen.

3. a) Erste und zweite Beratung eines Gesetzentwurfes der Landesregierung über Bürgschaften zugunsten von Verkaufskontoren.

(Drucksache Nr. 205)

Wortmeldung:

Minister Gerhard Rohner Seite 368

Beschluß:

Das Plenum beschließt, die Beratung der Gesetzesvorlage auf Wunsch der Regierung nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen und die erste und zweite Lesung miteinander zu verbinden.
Der Gesetzentwurf wird gemäß Drucksache Nr. 205 einstimmig angenommen.

4. Antrag des Ausschusses für Arbeit und Sozialfürsorge zum Antrag der SED-Fraktion (Drucksache Nr. 32) auf Abschluß eines neuen Tarifvertrages für die Angestellten des öffentlichen Dienstes.

(Drucksache Nr. 146)